

Schweiz: Arm sein in einem reichen Land

Daß es auch in einem hochindustrialisierten Land wie der Schweiz eine Armutproblematik gibt, ist einer größeren Öffentlichkeit kaum bewußt, weil es weder Bettler am Straßenrand der Städte noch verhungernde Talschaften im Berggebiet gibt. Zudem sind die Armen, mit denen es die private und öffentliche Fürsorge zu tun hat, nicht nur Außenseiter, sondern normale Menschen, „die das Pech hatten, durch das dichtgeknüpfte Netz öffentlicher und privater Hilfsangebote zu fallen, die aus dem Arbeitsmarkt und aus dem Sozialversicherungssystem ausgegrenzt und damit an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden sind“ (Antonin Wagner, Menschen am Rande der Gesellschaft, in: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge 6/1986).

Armut wird mehr und mehr zum Streitpunkt

Allerdings ist die Armutproblematik in der letzten Zeit in den Medien vermehrt aufgegriffen worden, wobei das Buch „Schweizer ohne Namen. Die Heimatlosen von heute“ (1985) mit Fallbeschreibungen aus der Bewegung „Action à Toute Détresse Quart-Monde“ besondere Beachtung fand. Über die Armut insgesamt, über die *Problemfelder* wie über das Ausmaß der Randständigkeit herrscht hingegen nach wie vor Unklarheit. Zum einen gibt es keine gesamtschweizerischen Statistiken der öffentlichen Fürsorge, die in die Zuständigkeit der Gemeinden fällt; und zum andern ist die Arbeitslosenstatistik ungenügend, weil von ihr nur die sozialversicherungsrechtlich Arbeitslosen erfaßt werden: die *Zahl der ausgesteuerten Arbeitslosen* muß geschätzt werden, und die Frauen, die im Gefolge eines Beschäftigungsrückgangs mehr oder weniger freiwillig aus dem

Erwerbsleben ausscheiden, gelten nicht als arbeitslos.

Während nämlich in der Schweiz für viele Bereiche genaue Daten zur Verfügung stehen – über die in bäuerlichen Betrieben gehaltenen Nutztiere beispielsweise weiß man bis auf das letzte Stück Bescheid –, muß man für den Sozialbereich weitgehend regionale Erhebungen hochrechnen. Aufgrund einer solchen Erhebung schätzt man die Zahl der Ausgesteuerten – wer innerhalb von 2 Jahren 250 Arbeitslosentaggelder bezogen hat, verliert den Versicherungsanspruch, wird also ausgesteuert und ist dann auf die öffentliche und private Fürsorge angewiesen – auf zwischen 10 000 und 20 000. Über die „freiwillige“ Arbeitslosigkeit der Frauen läßt sich von der Erwerbsquote her etwas sagen, die von 50,3% im Boomjahr 1981 auf 48,6% im Rezessionsjahr 1983 abgenommen hat.

In dieser Situation hat die Inlandhilfe der Caritas Schweiz von der Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Sozialforschung und Beratung (wsb) eine Studie über „Not und Hilfsbedürftigkeit in der Schweiz“ erarbeiten lassen und den Schlußbericht unter dem Titel „Ein anderes Gesicht der Schweiz“ als internes Arbeitspapier zu den Grundlagen der Inlandhilfe „veröffentlicht“. Über die Hauptergebnisse wurde allerdings auch in einem Informationsgespräch mit der Caritas nahestehenden Journalisten referiert.

Randzonen der sozialen Lage

In Auftrag gegeben wurde diese Studie, um für den nächsten Mehrjahresplan der Inlandhilfe der Caritas Schweiz nicht unkritisch die bisherigen Programminhalte fortzuschreiben, sondern aufgrund von Sachverständigenaussagen zur sozialen Lage

Inhalte entwickeln zu können; es sollte also überprüft werden, wo in der Schweiz die sozialen Problemfelder liegen, „die unter Umständen für die Arbeit der Inlandhilfe von Bedeutung sein könnten“, das heißt, in welchen Bereichen heute in der Schweiz „Armut, Not und Hilfsbedürftigkeit“ zu finden sind. Es ging also weder um eine Quantifizierung der Armutproblematik noch um die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge, sondern um die heutigen Problemlagen, wobei alle Problembereiche, auch psychische Nöte, erfaßt werden sollten. Dementsprechend wurde auch die Methode gewählt. Zum einen wurde, um sich einen Überblick über den aktuellen Stand der Forschung zu verschaffen, eine Literaturanalyse durchgeführt unter der Fragestellung: In welchen Bereichen wird Armut, Not und Hilfsbedürftigkeit festgestellt, welche Aussagen werden zum Thema gemacht und wo werden Zusammenhänge und Ursachen gesehen? Zum andern wurde in Form von persönlichen Intensivinterviews anhand eines Gesprächsleitfadens eine Expertenbefragung durchgeführt. Auch wenn die Ergebnisse dieser Befragung im wissenschaftlichen Sinne nicht repräsentativ sind, können sie doch als „recht aussagekräftig angesehen werden“, weil sie sehr konsistent sind und durch die Literaturanalyse weitgehend bestätigt werden.

Wissenschaftliche Literatur über Armut, Not und Hilfsbedürftigkeit in der Schweiz gibt es allerdings nicht viel, und sie beschäftigt sich im wesentlichen mit Armut im Sinne des Existenzminimums oder mit der Situation einzelner Gruppen von Hilfsbedürftigen. Obwohl darunter ebenfalls meist materielle Hilfsbedürftigkeit verstanden wird, gibt es Hinweise auf eine „nichtmaterielle Komponente“ wie auch darauf, daß diese „nichtmaterielle Armut“ an Bedeutung gewinne. „Oft wird von einer gleichzeitigen Benachteiligung auf verschiedenen materiellen und nichtmateriellen Gebieten gesprochen, die miteinander im Zusammenhang stünden und sich gegenseitig beeinflussen würden.“ In der Literatur wird immer wieder auf das *Fehlen von zuverlässi-*

gen Daten hingewiesen, aber auch darauf, daß in der Schweiz Armut, wie immer sie definiert wird, „in einem nicht unbeträchtlichen Ausmaß vorhanden“, daß sie aber gleichzeitig auch in hohem Maß verborgen ist. Aufgrund der Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung rechnete Georges Enderle (Hochschule St. Gallen) auf einer Tagung über „Armut in der Schweiz“ vom 29./30. November 1986, daß 2,5% der Bevölkerung unter der vom Ergänzungsleistungsgesetz definierten „Armutsgrenze“ leben und 5% der Bevölkerung unter jenen vom Internationalen Arbeitsamt (ILO) definierten; setze man die Grenze 20% höher an als das ILO, um auch den armutsnahen Bereich einzubeziehen, komme man auf 7% (420 000 Personen).

Abgehandelt werden die verschiedensten Bereiche von Not und Hilfsbedürftigkeit, namentlich – nebst der Asylantenproblematik – die Arbeitssituation (Arbeitslosigkeit), die Isolation (Probleme Alleinerziehender), die Unterschicht („Vierte Welt“), die Ghettoisierung der Ausländer sowie Einzelschicksale (Probleme von alten, behinderten und mit Kleinkrediten verschuldeten Menschen).

Es zeichnet sich eine Verschärfung ab

Auffallendstes Ergebnis der Expertenbefragung ist die vom überwiegenden Teil der Befragten vertretene Aussage, daß in der Schweiz in den letzten Jahren Not und Hilfsbedürftigkeit allgemein *zugenommen haben*, daß sich insbesondere die Situation *auf dem Arbeitsmarkt verschärft hat*. „Einerseits sind es bestimmte Gruppen, die sich einfach aus der Erwerbstätigkeit in der Schweiz zurückziehen mußten (Frauen und Ausländer), was andere Folgeprobleme nach sich zieht ... andererseits gibt es eine bestimmte Gruppe von Menschen, die früher noch Arbeit fand, heute aber keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt hat.“ Denn auf dem Arbeitsmarkt seien die Normen immer enger geworden, die Arbeitgeber seien immer weniger bereit, in irgendeiner Form

abweichende Personen zu beschäftigen, und zudem sei die *Leistung zu der allgemeingültigen Norm* geworden – sogar in den Pfarreien. Weil die Arbeitgeber in keiner Weise gehalten sind, schwieriger zu beschäftigende Arbeitnehmer einzustellen oder zu einem Ausgleich beizutragen, gibt es unter den Arbeitslosen die Gruppe der schwer Vermittelbaren; große Firmen stellen allerdings aufgrund eines Ehrenkodex' einen gewissen Prozentsatz behinderte Arbeitnehmer an.

In privaten Einrichtungen tätige Befragte sprachen gar „von immer kleiner werdenden Toleranzspielräumen in der Gesellschaft, von zunehmender Repression, von zunehmendem Druck auf den einzelnen, aber auch von Auswirkungen wie einer zunehmenden Zahl von Jugendsuiziden, einer zunehmenden Jugenddelinquenz und einer zunehmenden Zahl von arbeitslosen älteren Personen.“

Größer geworden sei auch die Kluft zwischen den „Armen“ und den „Reichen“ in der Schweiz. Der allgemeine Lebensstandard steige, aber Renten und Sozialhilfen würden nur sehr schleppend angepaßt. Die Situation wird noch dadurch verschärft, daß einkommensschwache Rentner, die *ergänzungsleistungsberechtigt* wären, ihren Anspruch – wegen Unkenntnis oder aus Scham – nicht geltend machen; dazu kommt in vielen Fällen noch der fehlende oder zu geringe Versicherungsschutz für den Krankheitsfall, weil die Krankenversicherung nicht obligatorisch ist.

Eine Folge sei, daß die „Armen“ ihre Situation eher zu verbergen suchten und deshalb beispielsweise durch Aufnahme von Kleinkrediten immer mehr in eine Spirale der Not gerieten. Diese Verbergung und Verborgenheit der Not führten ihrerseits zu einem zusätzlichen *Unverständnis der Umgebung* gegenüber den Hilfsbedürftigen und dazu, daß ihnen die Schuld an ihrer Notlage selbst zugeschrieben würde. Beklagt wurde aber nicht nur die Arroganz der „Nichthilfsbedürftigen“, sondern auch die Arroganz der „Helfer“; von in privaten Einrichtungen tätigen Befragten häufig das Verhalten von Fürsorgebeamten, die auf

ihre Weise unter einem Leistungszwang stünden (Fallzahl als Erfolgsmaßstab).

Verschiedene Gruppen von Unterprivilegierten

Als besonders hilfsbedürftig erscheinen den befragten Experten neu die Unterprivilegierten und die Alleinerziehenden. Die *Unterprivilegierten*, die je nach Schätzung zwischen 2 und 6% der Bevölkerung ausmachen und für die sich die „Action à Toute Détresse Quart-Monde“ nachdrücklich einsetzt, sei eine seit Generationen aus der Gesellschaft ausgegrenzte Gruppe. Diese Ärmsten „würden nur eine mangelhafte Ausbildung erhalten, an der Gesellschaft praktisch nicht partizipieren können, von der Umgebung ausgegrenzt (zum Beispiel durch Unterschriftensammlungen zum Wohnungswechsel gezwungen), zwischen die Maschen der sozialen Netze fallen und gezwungen sein, in dauernder Abhängigkeit und dadurch entmündigt zu leben. Diese Personen würden durch Bevormundung entrechtet, und es würden ihnen die Kinder weggenommen. Seit Generationen würden immer die gleichen Familien zu dieser Gruppe gehören, da durch die oben erwähnten Prozesse deren Kinder in einem extrem hohen Maße benachteiligt seien.“

Die *Alleinerziehenden* werden dieser Gruppe wohl deshalb zugeordnet, weil sie, wenn sie hilfsbedürftig werden, nach einer Trennung oder Scheidung mehrfach überfordert sind und so zu jener „Notgruppe“ gehören, „die gleichzeitig Probleme auf verschiedenen Ebenen haben: Sie haben finanzielle Probleme, Beziehungsprobleme, Probleme mit den Kindern, die Kinder ihrerseits haben schulische Probleme usw. Der auslösende und/oder ursächliche Faktor läßt sich aber meist nach den Aussagen der Befragten auf der gleichen Ebene bestimmen. Dieser ‚Notgruppe‘ gehören in erster Linie Einelternfamilien oder Familien, die aus anderen Gründen ähnliche Charakteristika entwickeln, an.“ Diese *neue Familienstruktur* bedürfte bestimmter gesellschaftlicher

Rahmenbedingungen, an denen es aber mangelt: Es fehlt beispielsweise an einem adäquaten Angebot „an Arbeitsplätzen (Teilzeitstellen, Möglichkeiten des Job-sharing), der Kinderbetreuung (Kinderhorte in den Betrieben) und an Unterstützung (finanzielle Unterstützung von Alleinerziehenden, um ihnen eine angemessene Kindererziehung zu ermöglichen)“.

Neben diesen besonderen, das heißt neu erkannten und neuen Hilfsbedürftigkeiten kamen in der Expertenbefragung auch die allgemeineren und besser bekannten Bereiche von Not und Hilfsbedürftigkeit zur Sprache, wobei als besonders wichtige Probleme dabei herausgestellt wurden: die Arbeitslosigkeit, die Wohnproblematik, die Bereiche Krankheit/Behinderung und Alter, aber auch und mit zunehmender Bedeutung *psychische Probleme* (einschließlich die Suchtprobleme). Zutage traten überdies Mängel im Bildungsbereich: So sei ein wichtiges Charakteristikum „der Ärmsten der Armen“ das fehlende Wissen „sowohl im Sinne von Schulbildung und Ausbildung, wie auch im Sinne von Wissen über für das Leben wichtige Prozesse (wie zum Beispiel über die eigenen Rechte) und über gesellschaftlich wichtige Verhaltensweisen“, und so gebe es im Bildungsangebot für alte Menschen Lücken „insbesondere bei Veranstaltungen, die auf Selbsthilfe angelegt sind“.

Zwischen Projektarbeit und Gesellschaftspolitik

Aufgrund ihrer Ergebnisse schlägt die Studie an erster Stelle vor, einerseits über Armut, Not und Hilfsbedürftigkeit in der Schweiz besser zu infor-

mieren und andererseits die Armutproblematik besser zu erforschen. Für das Sozialwesen empfiehlt sie ein stärker präventives/prophylaktisches Denken, eine entsprechende Weiterbildung der Helfer – auch der freiwilligen in den Pfarreien – sowie eine Neuorientierung der Sozialstellen: Sie sollten nicht mehr klientengruppen-, sondern problemorientiert konzipiert werden und müßten zu Koordination und Zusammenarbeit bereit sein.

Vor allem aber müßte den *gesellschaftlichen Ursachen* von Not und Hilfsbedürftigkeit nachgegangen werden: dem Wohnungsbau, der Stadtentwicklung, der Arbeitsmarktentwicklung. In diesem Bereich bleibt die Studie sowohl in theoretischer Hinsicht wie in ihren praktischen Empfehlungen äußerst zurückhaltend. Wohl empfiehlt sie beispielsweise Pilotprojekte bei der Schaffung von Arbeitsplätzen für Nichterwerbsfähige mit Rehabilitationscharakter, sie verzichtet aber auf gesellschaftspolitische Überlegungen und Vorschläge.

Wenn man aber davon ausgeht, daß alle Ausgrenzungsprobleme in modernen Industriegesellschaften letztlich durch die Verteilungsprobleme auf dem Arbeitsmarkt verursacht sind (Antonin Wagner, a. a. O.), muß man den Anpassungsdruck insgesamt ins Auge fassen. Daß ein Hilfswerk sich zunächst den Opfern des ungerechten Anpassungsdruckes zuwendet, ist sein unmittelbarer Auftrag. Darob dürfte es aber die Frage nicht sein lassen, wie der Anpassungsdruck gerechter verteilt werden könnte, auch wenn mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung bzw. Teilung der Arbeit „tiefgreifende gesellschaftliche Änderungen zur Folge haben“ (Antonin Wagner, a. a. O.) müßte.

R. W.

Guatemala verabschiedet hatte. Darin werden in knappen Punkten die nach Ansicht der 36 teilnehmenden Bischöfe wichtigsten Probleme der Region aufgelistet. An erster Stelle werden die *Menschenrechte* genannt; trotz des wachsenden Bewußtseins bei Regierungen, Militär und Aufständischen lasse dieser Bereich „noch viel zu wünschen übrig“. Es folgt an zweiter Stelle die „ungezügelter Aufrüstung“ in den Ländern Mittelamerikas, die zur wirtschaftlichen Ausblutung führe. „Die Gefahr eines Krieges nimmt bedrohlich zu“, heißt es wörtlich.

Im Eiltempo durch sechs Länder

Weiter nennen die Bischöfe „die öffentliche und private *Korruption*, die unsere Völker unbarmherzig geißelt, sie entwürdigt und jeden Versuch zunichte macht, die schweren politischen und sozialen Probleme der Region zu lösen“. In einem Punkt fassen die Bischöfe ihre Sorge über den aggressiven Proselytismus der Sekten, die Radikalisierung der sogenannten „Volkskirche“ und „diejenigen Kreise, die die Botschaft des Evangeliums hartnäckig in den Dienst ihrer Interessen und ihrer Ideologie stellen“. Schließlich sehen die Bischöfe die ohnehin von Instabilität gekennzeichnete Familie durch international propagierte Programme zur Geburtenbeschränkung und Abtreibung zusätzlich gefährdet.

Nach seiner Rückkehr von Mittelamerika und den Philippinen bezeichnete Kardinal Höffner die katholische Kirche in den besuchten Ländern als die Institution, von der die Menschen am ehesten ein wirksames Eintreten für ihre Rechte und ihre Würde erhofften. Aus dem SEDAC-Dokument wie aus dem Fazit Höffners wird deutlich, welche eminent *politische Rolle und soziale Verantwortung der Kirche* in dieser Region zugefallen ist und unter welchem hohem Erwartungsdruck vor allem der armen Bevölkerungsschichten sie steht. In keinem der Länder entzieht sich die Kirche mehr dieser Verantwortung, in

Höffner: Solidarität mit Mittelamerika

Während der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal *Joseph Höffner*, kurz vor seinem 80. Geburtstag, in Mittelamerika unterwegs war (2.–11. Dezember),

wurde vom Sekretariat der Bischöfe Mittelamerikas SEDAC ein Dokument veröffentlicht, das die 22. Vollversammlung der zentralamerikanischen Bischöfe Ende November in